

Politische Krise in Bulgarien: Euro-Gegner gehen auf die Straße und fordern Unabhängigkeit

Für Bulgarien ist die Euro-Debatte nicht nur eine wirtschaftliche Frage – sie ist zu einer Frage der Souveränität und Unabhängigkeit geworden.



10. November 2025 | Erkin Oncan

„Wir werden diesen Leuten zwei Dinge sagen: dass sie in Bulgarien nicht willkommen sind und dass Bulgarien den Euro nicht will. Selbst wenn sie uns in die Eurozone zwingen, werden die Folgen weitaus größer sein, als sie sich jemals vorstellen können. Die Eurozone wird zusammenbrechen, und Bulgarien wird seine finanzielle Unabhängigkeit zurückgewinnen.“

Diese Worte stammen von Kostadin Kostadinov, dem Vorsitzenden der pro-russischen, NATO- und EU-feindlichen rechtsextremen „Wiedergeburtspartei“ (Vazrazhdane), die für ihre euroskeptische Haltung bekannt ist.

Die Wiedergeburtspartei versammelt sich vor der Bulgarischen Nationalbank (BNB), um gegen den Besuch der Präsidentin der EZB, Christine Lagarde, zu protestieren, und steht zusammen mit zivilgesellschaftlichen Gruppen wie der „Leva Front“ im Zentrum der Opposition gegen den Plan des Landes, am 1. Januar 2026 den Euro einzuführen.

Die Entscheidung der Regierung, den Euro unter dem Motto „europäische Integration“ einzuführen, hat in weiten Teilen der Bevölkerung Bedenken hinsichtlich der Souveränität und wirtschaftlichen Unabhängigkeit ausgelöst. Seit der Ankündigung sind Tausende im ganzen Land auf die Straße gegangen, wobei sich nationalistische und linke Gruppen unter einem gemeinsamen Diskurs gegen die „wirtschaftliche Bevormundung durch Brüssel“ zusammengeschlossen haben.

Wie in anderen postsozialistischen osteuropäischen Staaten wie Rumänien und Moldawien hat die europäische Integration auch in Bulgarien erneut zu einer Spaltung der Politik geführt. Jüngere, urbane, einkommensstarke und besser ausgebildete Bevölkerungsgruppen unterstützen im Allgemeinen Europa, während einkommensschwächere, ländliche Arbeitergemeinschaften eher gegen die NATO, die EU und den Westen eingestellt sind.

Eurobarometer- und ähnliche Umfragen, die im Frühjahr 2025 durchgeführt wurden, zeigen eine gesplante Öffentlichkeit: Rund 43 Prozent befürworten die Einführung des Euro, während etwa 50 Prozent dagegen sind.

Ähnlich wie in anderen osteuropäischen Ländern organisieren sich sowohl die extreme Rechte als auch die extreme Linke innerhalb dieses Anti-Euro-Blocks.

Die derzeitige „Euro-Angst“ ist nicht neu – sie verläuft parallel zu Bulgariens eigenem Weg zur europäischen Integration.

Was ist der ERM-II-Mechanismus?

Seit 2020 ist Bulgarien Teil des Wechselkursmechanismus II (ERM II). Dieser Mechanismus verlangt von den Kandidatenländern, ihre Währung an den Euro zu koppeln und strenge Kriterien der Haushaltsdisziplin einzuhalten, bevor sie den Euro einführen können.

Mit anderen Worten: Der ERM II ist eine Art „Wartezimmer“.

Ein Land, das dem Mechanismus beitrifft, muss den Wert seiner Landeswährung an den Euro koppeln, seinen Haushalt, seine Staatsverschuldung, seine Inflationspolitik und seine Finanzentscheidungen an die Achse Brüssel-Frankfurt anpassen und mindestens zwei Jahre lang innerhalb dieses Rahmens bleiben.

Während die EU diesen Zeitraum als „Anpassungsprozess“ bezeichnet, betrachten Euroskeptiker ihn als „wirtschaftliche Quarantäne“. In Ländern, die am WKM II teilnehmen – darunter auch Bulgarien –, werden Stagnation, Personalabbau im öffentlichen Dienst, Abwanderung junger Menschen, Dominanz ausländischen Kapitals aufgrund billiger Arbeitskräfte und schrumpfende öffentliche Investitionen als „unvermeidliche Folgen“ beschrieben.

Daher wird dieser Prozess von vielen Bulgaren nicht als freiwillige Entscheidung, sondern als Ergebnis systematischen Drucks aus Brüssel angesehen. Trotz Bulgariens anhaltendem Inflationsproblem bestehen die EU-Kommission und die EZB darauf, dass der Zeitplan für die Einführung „unumkehrbar“ ist.

Premierminister Dimitar Glavchev hat den Übergang als „Beweis für Bulgariens Engagement für die Integration in das Herz Europas“ bezeichnet. Doch solche Versprechen überzeugen die ärmere Mehrheit des Landes nicht.

In diesem wirtschaftlichen und politischen Klima bezeichnet die Wiedergeburtspartei die Abschaffung der Landeswährung als „eine neue Form der Abhängigkeit“.

Parteichef Kostadinov fasst ihre Haltung wie folgt zusammen:

„Der Lew ist das Symbol unserer Unabhängigkeit. Der Euro ist das Joch Brüssels.“

Die Forderung nach einem Referendum

Die Revival-Partei hat eine landesweite Kampagne für ein Referendum gestartet und argumentiert, dass die Entscheidung vom Volk getroffen werden sollte. Unter dem Motto „Verteidigt den Lew, nicht den Euro“ haben Tausende an Demonstrationen teilgenommen.

Bemerkenswert ist, dass das Referendum ursprünglich von Präsident Rumen Radev selbst vorgeschlagen wurde, obwohl die Idee später vom Parlament abgelehnt wurde.

Die Ablehnung des Euro beschränkt sich nicht nur auf Nationalisten. Auch kommunistische Parteien, linke Gewerkschaften, Kleinbauernverbände und unabhängige Ökonomen lehnen die Einführung des Euro ab und argumentieren, dass Bulgarien dadurch zum „Billiglohnland Europas“ werden würde.

In den letzten Wochen sind Tausende in Sofia, Plovdiv, Varna, Burgas und mehreren anderen Städten auf die Straße gegangen. Slogans wie „Der Lew gehört uns“, „Nein zum Euro“ und „Entscheidungen werden in Sofia getroffen, nicht in Brüssel“ dominierten die Proteste.

Die Zahl der Zusammenstöße zwischen Demonstranten und Polizei hat zugenommen. Zuletzt eskalierte die Spannung zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften vor dem Parlament in Sofia.

Einige Demonstranten verbrannten Flaggen der EU, während Landwirte mit ihren Traktoren Straßen blockierten.

Neben der Wiederbelebungspartei erklärten auch Gruppen wie die Bewegung für eine linke Alternative und mehrere Gewerkschaften, dass „die Einführung des Euro Bulgarien unfähig machen wird, seine eigene Wirtschaft zu steuern“.

Die Regierung bleibt jedoch standhaft. Finanzministerin Lyudmila Petkova argumentiert, dass die Einführung des Euro Preisstabilität bringen und das Vertrauen der Investoren stärken wird.

Für anti-westliche Gruppen in Bulgarien bedeuten solche Aussagen jedoch nichts anderes als eine Legitimierung der neoliberalen Rezepte, die von den Finanzinstitutionen der EU auferlegt werden. Trotz seines EU-Beitritts im Jahr 2007 bleibt Bulgarien das ärmste Land Europas, gefangen zwischen niedrigen Löhnen, hoher Inflation und Kapitalabhängigkeit.

Für Bulgarien ist die Euro-Debatte nicht nur eine wirtschaftliche Frage, sondern auch eine Frage der Souveränität und Unabhängigkeit. Während die „wirtschaftliche Integration“ die Regierungen überzeugt, wächst die Wirtschaftskrise, die die Anti-EU-Stimmung schürt, in ganz Europa weiter.